

Die Bundesrepublik Deutschland
1949–1989

Kompaktwissen Geschichte

Herausgegeben von Gerhard Henke-Bockschatz

Die Bundesrepublik Deutschland
1949–1989

Von Peter Adamski

Reclam

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 17089

Alle Rechte vorbehalten

© 2016 Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman

Gesamtherstellung: Reclam, Ditzingen. Printed in Germany 2016

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-017089-2

www.reclam.de



Inhalt

Einleitung 9

Zeittafel 13

I Darstellung 17

- 1 Stabilisierung und Modernisierungsansätze:
Das Gründungsjahrzehnt (1949–1959/60) 17
Schritte zur Souveränität 20
Ein Weg zur nationalen Einheit? 28
Erbe der Vergangenheit 31
Wohlstand für viele 34
Gesellschaftliche Modernisierung 43
Traditionelle Werte auf dem Prüfstand 45
- 2 Dynamisierung und Reformen: Der Weg
in die postindustrielle Gesellschaft (1959/60–1973) 49
Entspannungspolitik 51
Mehr Demokratie wagen 58
Rückkehr der Vergangenheit 65
Goldene Zeiten 67
Eine Gesellschaft im Wandel 70
Kulturrevolution 76
- 3 Herausforderungen und Bewährungsproben:
Die ›verunsicherte Republik‹ (1973–1989) 81
Ende der Entspannungspolitik? 83
Fundamentalkritik – Fundamentalpolitisierung 88
Vergangenheit und Identitätssuche 95
Abschied von der Prosperität 99
Neue gesellschaftliche Herausforderungen 104
Individualisierung von Lebensstilen und
Wertorientierungen 106
- 4 Ausblick 111

II Kontroversen 113

- 1 War die Stalin-Note von 1952 eine Chance zur Wiedervereinigung? 113
- 2 Die Bedeutung von »1968« 115
- 3 Die Bildungsreform der 1970er Jahre 118
- 4 Strategien zur deutschen Einheit 120

III Quellen 123

- 1 Wiederbewaffnung: Memoranden von Bundeskanzler Konrad Adenauer vom 29. August 1950 123
 - 2 Die Stalin-Note vom 10. März 1952 125
 - 3 Das »Deutsche Manifest« vom 29. Januar 1955 127
 - 4 Juristische Verfolgung von NS-Verbrechen 1945–1967 128
 - 5 Meinungsumfrage in der Bundesrepublik zum Wiedergutmachungsabkommen mit Israel (1952) 130
 - 6 Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik 1950–1990 131
 - 7 Ludwig Erhard über die Soziale Marktwirtschaft (1957) 132
 - 8 Familienminister Franz-Josef Wuermeling über die Unersetzlichkeit der Mütter (1959) 134
 - 9 »Kinder, die was wollen, die kriegen was auf die Bollen« 135
 - 10 Phänotyp »Halbstarker« 136
 - 11 Egon Bahr: »Wandel durch Annäherung«: Rede vom 15. Juli 1963 138
 - 12 Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949–1990 140
 - 13 Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 21. Dezember 1972 141
 - 14 Wann brennen die Berliner Kaufhäuser? Flugblatt Nr. 8 der »Kommune I« (24. Mai 1967) 142
 - 15 Rede zum Beginn der Springer-Blockade (Autor unbekannt) (11. April 1968) 143
- 6 Inhalt

- 16 Regierungserklärung des Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Oktober 1969 145
- 17 »Kochtopf-Ehe« (1964) 146
- 18 Tobias Brocher: »Sind unsere Kinder Staatsfeinde, wenn sie »gammeln«?« (1966) 147
- 19 Zukunftserwartungen der Deutschen 149
- 20 Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome (1972) 150
- 21 Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit. Rede von Bundeskanzler Helmut Schmidt am 28. Oktober 1977 in London 151
- 22 »Krefelder Appell« vom 15./16. November 1980 152
- 23 Das KKW wird nicht gebaut (1975) 153
- 24 Bundesprogramm (Grundsatzprogramm) der Partei DIE GRÜNEN (1981) 155
- 25 Die Wichtigkeit der deutschen und europäischen Vereinigung im Bewusstsein der westdeutschen Bevölkerung 157
- 26 Grundelemente einer angebotsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik 157

Literaturhinweise 159

Einleitung

Mit der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 begann die 41-jährige Geschichte der ›alten Bundesrepublik‹ bzw. der ›Bonner Republik‹. Ihre erste Besonderheit bestand darin, dass sie zu keinem Zeitpunkt den Status eines vollständig souveränen Staates besaß. Bei dem zweiten von den siegreichen Alliierten befreiten und besetzten Land – Österreich – war dies anders: 1955 kam eine friedensvertragliche Regelung zustande, die bis auf den Vorbehalt der militärischen Neutralität dem Land die volle Souveränität zugestand.

Die Bundesrepublik war ein Staat auf Bewährung: 1949 blieb durch das ›Ruhrstatut‹ die Verfügung über die Kohle-, Eisen- und Stahlproduktion beschränkt, mit dem ›Besatzungsstatut‹ behielten sich die westlichen Alliierten die Aufsicht und Kontrolle über Abrüstung, Entmilitarisierung und den gesamten Bereich der Außenpolitik vor; der Kriegszustand mit Deutschland war zunächst noch nicht beendet. Dies geschah erst 1951; ab diesem Zeitpunkt konnte auch ein Außenministerium eingerichtet werden. Erst durch die Pariser Verträge 1954/55 wurde das Besatzungsstatut aufgehoben, dennoch blieb die Verantwortung ›in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes‹ bei den Siegermächten, zumal weiterhin alliierte Truppen in der Bundesrepublik stationiert blieben.

Die volle innere und äußere Souveränität brachten erst die Ergebnisse der Zwei-plus-vier-Verhandlungen (Bundesrepublik und DDR sowie die vier Siegermächte). In dem Vertrag vom 12. September 1990 fielen die letzten Vorbehalte – aber gleichzeitig war auch die Geschichte der alten Bundesrepublik beendet.

Eine zweite Besonderheit teilte die Bundesrepublik mit Frankreich, Italien und den Beneluxländern: Beginnend mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und

Stahl (Montanunion) 1951 wurden zum ersten Mal nationalstaatliche Souveränitätsrechte an supranationale europäische Institutionen übertragen. Ein zweiter Schritt waren die Römischen Verträge 1957, die eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) schufen, welche über eine Zollunion und eine gemeinsame Agrarpolitik einen gemeinsamen Binnenmarkt auf den Weg brachten; hinzu kam die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Diese drei Gemeinschaften fusionierten 1965 zur Europäischen Gemeinschaft (EG). Mit dem Europäischen Währungssystem 1979 und der im selben Jahr erstmaligen Direktwahl des europäischen Parlaments setzte sich der Trend zum schrittweisen Abschied von nationalstaatlichen Souveränitätsvorstellungen fort. Dies kulminierte 1992 in der Vollendung des europäischen Binnenmarktes und der Gründung der Europäischen Union (EU) durch den Vertrag von Maastricht. Dadurch war der Weg zu einer nunmehr auch politischen Union vorbereitet.

Legt man beide Besonderheiten zeitlich nebeneinander, wird deutlich, dass die schrittweise Erweiterung der Souveränitätsrechte einherging mit der europäischen Einbindung der Bundesrepublik. Nimmt man die militärische Ebene hinzu, zeigt der Beitritt zur NATO (North Atlantic Treaty Organization) 1955 darüber hinaus die Integration in das westliche atlantische Militärbündnis.

Diese beiden außenpolitischen Parameter für die Entwicklung der Bonner Republik müssen ergänzt werden durch zwei innenpolitische, die im besonderen Maße das politische Handeln für Jahrzehnte bestimmten – wenngleich in jeweils unterschiedlicher Intensität innerhalb der Entwicklungsphasen der Republik: Zum einen ging es um die Hypothek der NS-Vergangenheit und die Erfahrungen einer zwölf Jahre dauernden Diktatur. Würde ein zweiter demokratischer Versuch vor die-

sem Hintergrund gelingen, anders als in der Weimarer Republik? Wie entwickelte sich in der Bonner Republik eine lernende Demokratie? Erklärtes Ziel aller demokratischen Parteien in der BRD war zum anderen die Überwindung der seit spätestens 1949 feststehenden Spaltung. Wie verhielten sich konkretes politisches Handeln und grundlegende Zielsetzung, oder: In welchem Verhältnis standen Westintegration und Wiedervereinigungspostulat?

Vom Ergebnis her ist bekannt und unstrittig, dass beide Zielsetzungen gelangen – allerdings in unterschiedlichem Maße; letztlich ist daran gemessen die Geschichte der Bonner Republik eine Erfolgsgeschichte, eine »geglückte Demokratie« (Edgar Wolfrum). Eine Demokratie, die, insgesamt betrachtet, ein hohes Maß an Kontinuität und Stabilität auszeichnete.

Die Geschichte der Bundesrepublik kann allerdings nicht nur – nicht einmal in der Hauptsache – als politische Geschichte dargestellt werden. Die Entstehung und Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft, die weitgehende Akzeptanz einer repräsentativen Demokratie in dieser Breite und Tiefe sind ohne den Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu verstehen: Die Zeit von Mitte der 1950er Jahre bis 1973 war nicht nur in Deutschland eine Phase fast ungebrochener wirtschaftlicher Blüte. Diese dauerhafte Prosperität hatte zugleich Rückwirkungen auf die Systeme sozialer Sicherung, die in ihrer heute vertrauten Form damals z. T. erst entstanden oder kräftig ausgebaut wurden. Mental schlug sich dies als ungebrochener Zukunftsoptimismus sowie als Glaube an die Steuerbarkeit von Wirtschaft und Gesellschaft nieder. Umgekehrt zeigten die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen seit 1973 (Ölpreisschock), wie rasch Zukunftsängste und gesellschaftliche Ver-

unsicherungen – aber auch Zweifel am demokratischen System – zunehmen konnten.

Dies hat auch damit zu tun – und das ist der dritte Schwerpunkt der Betrachtung der Geschichte der alten BRD –, dass alle westlichen, im Grundsatz auch alle östlichen Industriegesellschaften im Betrachtungszeitraum einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Modernisierungsprozess durchliefen. Es handelte sich um die Transformation klassischer Industriegesellschaften in »postindustrielle Gesellschaften«, in denen der Dienstleistungssektor die führende Rolle übernahm. Es kam zu einer erheblichen Ausdifferenzierung von sozialen Milieus und einer grundlegenden Ablösung von vertrauten Wertemustern (Fundamentalliberalisierung). Diese Entwicklung hatte einerseits zur Folge, dass der Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen nahezu unbegrenzte Möglichkeiten offenstanden (»*anything goes*«); andererseits nahmen traditionelle Bindungen (Familie, Erziehungsziele, Religion) ab, und es entstanden neue Unsicherheiten. Der Soziologe Ulrich Beck prägte dafür in den 1980er Jahren den Begriff »Risikogesellschaft«.

Die Jahre um 1970 stellen eine gewisse Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik dar: Auf eine unvergleichliche wirtschaftliche Erfolgsgeschichte folgte ein Strukturbruch, der bis heute nicht mehr ausgeglichen werden konnte. Andererseits heben einige Historiker eine bedeutsame Veränderung bezogen auf das Verständnis von Demokratie hervor: die Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch Elemente einer unmittelbaren Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen (Bürgerinitiativen, neue soziale Bewegungen) – eine »Fundamentalpolitisierung« (Marie-Luise Recker) oder gar eine »Umgründung der Demokratie« (Manfred Görtemaker).

Zeittafel

- 1949 Verkündung des Grundgesetzes (Mai)
- 1950 Beginn des Koreakrieges (Juni);
Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat
(Juni)
- 1951 Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle
und Stahl (Montanunion) (April)
- 1952 Stalin-Note (März);
Lastenausgleichsgesetz (Juli)
- 1953 Wiedergutmachungsabkommen mit Israel
(September)
- 1954 Gewinn der Fußballweltmeisterschaft (Juli);
Unterzeichnung der Pariser Verträge (Oktober)
- 1955 Eintritt der BRD in die NATO (Mai);
erstes Abkommen für die Anwerbung von ›Gast-
arbeitern‹ mit Italien (Dezember)
- 1957 Rentenreform: bruttolohnbezogene dynamische
Rente (Februar);
Römische Verträge: aus der Montanunion wird
die EWG; Gründung der EURATOM (März)
- 1960 Beginn der Ostermärsche (April)
- 1961 Beginn des Eichmann-Prozesses in Jerusalem
(März);
Mauerbau (August)
- 1962 Kuba-Krise (Oktober);
Spiegel-Affäre (Oktober)
- 1963 Beginn des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt a. M.
(Dezember)
- 1964 Zahl der ›Gastarbeiter‹ überschreitet die Grenze von
1 Mio.
- 1965 Bundestag verlängert die Verjährungsfristen von
nationalsozialistischen Verbrechen (März)

- 1966 Kongress »Notstand der Demokratie« in Frankfurt a. M. (Oktober);
NPD zieht erstmals in Hessen in ein Landesparlament ein (November)
- 1967 Gründung der »Kommune I« in Berlin (Januar);
Tod des Studenten Benno Ohnesorg nach Protesten gegen den Besuch des Schahs von Persien (Juni)
- 1968 Zum ersten Male zwei deutsche Olympiamannschaften bei den Winterspielen in Grenoble (Februar);
Internationaler Vietnam-Kongress in Berlin (Januar);
Attentat auf Rudi Dutschke (April);
Osterunruhen in vielen Städten; Verabschiedung der Notstandsgesetze (Mai)
- 1970 Gründung der RAF (Mai);
Moskauer Vertrag (August);
Warschauer Vertrag; Kniefall Willy Brandts vor dem Mahnmahl des Warschauer Ghettos (Dezember)
- 1971 Selbstbezeichnung von 374 Frauen im *Stern*: »Wir haben abgetrieben« (Juni);
Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) tritt in Kraft (September);
Vier-Mächte-Abkommen über Berlin (September);
Friedensnobelpreis für Willy Brandt (Oktober)
- 1972 Radikalenerlass (Januar);
Club of Rome: *Die Grenzen des Wachstums* (April, Mai);
SALT-I-Vertrag (Mai);
Gründung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (Juni);
Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR (Oktober)

- 1973 Erhöhung der Ölpreise durch die OPEC (Oktober);
Anwerbestopp für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten
(November)
- 1975 Proteste gegen das geplante Kernkraftwerk in Wyhl
(März);
Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki
(August)
- 1976 Seit 1950 höchste Arbeitslosenquote in der
Geschichte der Bundesrepublik: über fünf Prozent
(Januar)
- 1977 Gründung der Zeitschrift *Emma* (Februar);
»Deutscher Herbst«: Entführung von Arbeitgeber-
präsident Hanns-Martin Schleyer, Kontaktsperre-
gesetz, Entführung und Befreiung der Lufthansa-
Maschine »Landshut«, Ermordung Schleyers, Selbst-
mord führender RAF-Terroristen (September –
Oktober)
- 1979 Start der amerikanischen Fernsehserie *Holocaust*
(Januar);
Gründung der Partei DIE GRÜNEN (März);
erste Direktwahlen zum Europäischen Parlament
(Juni);
SALT-II-Vertrag (Juni);
NATO-Doppelbeschluss (Dezember)
- 1980 Krefelder Appell fordert Verzicht auf Nachrüstung
(November)
- 1981 Proteste von 300 000 Menschen gegen Stationie-
rung amerikanischer Mittelstreckenraketen
(Oktober)
- 1983 Großdemonstrationen der Friedensbewegung in
Mutlangen und Bonn (September/Oktober);
Zustimmung des Bundestages zur Stationierung
amerikanischer Raketen (November)

- 1985 Bundespräsident Richard von Weizsäcker bezeichnet den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung (Mai);
Beginn der Proteste gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage für atomare Brennstäbe in Wackersdorf (Dezember)
- 1986 Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte EEA: Binnenmarkt bis 1993 (Februar);
Reaktorunglück in Tschernobyl (April);
Beginn des Historikerstreits (Juli)
- 1988 Abrüstungsvereinbarung zwischen USA und UdSSR: Abzug der ersten in der Bundesrepublik stationierten Mittelstreckenraketen (September)
- 1989 Beginn der Fluchtbewegung aus der DDR über Ungarn und die Tschechoslowakei (Juni);
Beginn der Montagsdemonstrationen in Leipzig (Oktober); Öffnung der Mauer (November)

I Darstellung

1 Stabilisierung und Modernisierungsansätze: Das Gründungsjahrzehnt (1949–1959/60)

Schon in den Jahren der Besatzungszeit hatte sich angedeutet, dass sowohl die alliierten Siegermächte als auch die verantwortlichen Politiker aller Parteien in den Westzonen für die Rückkehr zur Demokratie andere Zeichen setzen wollten als nach dem Ersten Weltkrieg. Amerikaner, Briten und Franzosen griffen aktiv in den Demokratisierungsprozess ein und überwachten ihn. Die Rückkehr der besiegten Deutschen in die Gemeinschaft der zivilisierten Staaten – so das Potsdamer Abkommen von 1945 – sollte durch die Einbeziehung der Westzonen in europäische und atlantische Institutionen und Bündnisse ein erneutes Erstarken nationalistischer Ambitionen verhindern. Mit der Entstehung des Ost-West-Konflikts und seiner Entwicklung zum Kalten Krieg sollte die Bundesrepublik darüber hinaus Teil des antikommunistischen Bollwerks gegen die Sowjetunion werden.

Ein zweiter Aspekt spielte in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Die Chancen für eine demokratische Entwicklung stiegen – so zeigte als Negativfolie die Weimarer Republik –, wenn die politische Erneuerung mit wirtschaftlicher Prosperität einherging. Maßnahmen wie vor allem der Marshall-Plan schienen geeignet, einen solchen Weg zu ebnen. Dennoch blieb er lediglich ein erster Anstoß für die europäischen Staaten. Erst als Folge des 1950 begonnenen Korea-Krieges, durch den die amerikanische Wirtschaft wieder verstärkt in die Rüstungsindustrie investieren musste, begann für Europa, in besonderem Maße aber für die Bundesrepublik, nicht nur ein kurzfristiger Korea-Boom, sondern ein dauerhafter wirtschaftlicher Aufschwung, das sog. Wirtschaftswunder.

Den verantwortlichen deutschen Politikern und Parteien wurde ein solcher Weg in die Demokratie nicht oktroyiert oder geschenkt, sie leisteten ihren eigenen Beitrag dazu. Schon die Länderverfassungen und erst recht das Grundgesetz spiegelten die Lehren aus Weimar, seien es die Abkehr von einem zentralistischen Staatsaufbau zugunsten eines föderalistischen sowie die Stärkung von Parlament und Kanzler gegenüber einem zu mächtigen Staatsoberhaupt, seien es die verfassungsrechtlichen Sicherungen gegen eine Selbstauflösung der Demokratie. Allerdings zeigte die Struktur der Verfassung auch die Vorbehalte gegenüber einer plebiszitär ausgerichteten Demokratie. Sie blieb bis zu Beginn der 1970er Jahre eine indirekte, rein repräsentative, auf dem Einfluss von Parteien, Verbänden und Eliten basierende Staatsform. Und sie war – das lässt sich über die Jahrzehnte verfolgen – eine ›Kanzlerdemokratie‹.

Die Bedingungen für eine positive demokratische Entwicklung waren schließlich – wiederum im Vergleich zu Weimar – angesichts der mentalen Grundverfassung der Bevölkerung nach 1945 günstig. Die NS-Diktatur war grundsätzlich diskreditiert. Vergleichbare Relativierungen der Niederlage wie nach 1919 die Dolchstoßlegende und die Kriegsschuldfrage existierten nicht.

Dies ist allerdings kein exaktes Bild für die unterschwelligen Stimmungen und Gemütslagen. Meinungsumfragen aus den 1950er Jahren weisen die Grundhaltung der verantwortlichen Parteien zur Vergangenheit als erheblich fortschrittlicher aus als die der Bevölkerungsmehrheit. Gefragt nach der Zeitepoche, in der es den Deutschen am besten gegangen sei, nannten 1951 45 Prozent der Befragten das Kaiserreich, 42 die Jahre 1933–1939, 7 die Weimarer Republik und nur 2 die Gegenwart. Bezogen auf führende Köpfe des NS-Regimes genoss Hermann Göring immerhin bei 37 Prozent der Befragten noch Ansehen, Adolf Hitler bei 24 Prozent. Zum Widerstand des

20. Juli befragt, ergab sich eine Polarisierung: Während 40 Prozent sich für die Attentäter aussprachen, blieben 30 Prozent bei einer gegenteiligen Meinung. 11 Prozent schwankten, wollten kein Urteil abgeben oder wussten nichts über das Attentat.

Es konnte auch zu denken geben, dass sich bis zum Ende der 1950er Jahre nur etwa ein Viertel der Bundesbürger überhaupt für Politik interessierte. Dem geringen Interesse entsprach ein geringer Kenntnisstand über die demokratischen Institutionen. Umfragen zu Beginn der 1950er Jahre wiesen aus, dass neun Zehnteln der Bevölkerung die Arbeitsweise des Bundestages und die Funktion des Bundesrates unbekannt waren.

Vor diesem Hintergrund erwies es sich für das Gründungsjahrzehnt der Bonner Republik als günstig, dass die beiden zentralen Repräsentanten der neuen Demokratie – Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) und Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) – den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung in je eigener Weise nachkamen: Adenauer als erfahrener und nüchterner Staatsmann mit autoritärer Staatsführung und rheinisch geprägter klarer Sprache und Heuss als schwäbischer Intellektueller mit jovial paternalistischen Zügen und vollkommen unsoldatischem Habitus (»Papa Heuss«) harmonierten sehr gut. Nimmt man noch als dritte diese Zeit prägende Person den zunächst parteilosen Ludwig Erhard, den »Mann mit der Zigarre« und »Vater der Sozialen Marktwirtschaft«, als Wirtschaftsminister hinzu, erwies sich die personelle Grundkonstellation günstig für eine Gesellschaft, die zunächst ohne größere eigene Ambitionen auf dem Hintergrund einer autoritativen Grundstimmung den Weg in das demokratische Experiment anging.

Schritte zur Souveränität

Zentrale Strukturen des westlich-atlantischen Bündnisses existierten bereits, als die Bundesrepublik 1949 gegründet wurde: die NATO als Verteidigungsgemeinschaft, die OEEC, die wirtschaftliche europäische Institution, die zunächst über die Verteilung der Hilfen aus dem Marshall-Plan entschied, sowie der Europarat als Forum für die gemeinsame europäische Demokratisierung, besonders unter dem Aspekt der Sicherung der Grund- und Menschenrechte.

Die Strategie Adenauers ließ sich knapp folgendermaßen definieren: feste Einbindung der jungen Bundesrepublik in die westlichen Bündnisse sowie europäische Integration und ein eigenständiger deutscher Verteidigungsbeitrag. Aus seiner Sicht bot nur eine feste und dauerhafte Einbindung in die westliche Staatengemeinschaft die Chance, in Zukunft militärische Sicherheit, internationale Gleichberechtigung und politische Souveränität zu gewinnen. Diese Strategie sollte sich bis 1955 als erfolgreich erweisen.

Die Überzeugung, dass nur durch eine Zusammenarbeit mit den Westmächten gegen die Sowjetunion die Grundlagen für eine demokratische Entwicklung gelegt werden konnten, war Konsens in der Parteienlandschaft und durchzog das antikomunistische Klima in Politik und Gesellschaft – mit Ausnahme der KPD, die trotz sinkenden politischen Einflusses 1956 verboten wurde. Kontrovers wurde aber über das Ziel diese Wege gedacht: Sollte die BRD als Kernstaat auf dem Rückweg zur Wiedervereinigung oder als Übergangsform zu einem gemeinsamen Europa betrachtet werden?

Als prominentester Kritiker der Adenauer'schen Konzeption erwies sich Oppositionsführer Kurt Schumacher (SPD). Weder sah er das aus seiner Sicht ›Anbiedern‹ Adenauers an die westlichen Siegermächte (›Kanzler der Alliierten‹, ›Erfüllungs-

politiker⁴) als opportun an, noch galt für ihn die Westintegration als Teil einer Wiedervereinigungsstrategie. Immer wieder wies er auf das Spannungsverhältnis von Westintegration und deutscher Einheit hin. Sie verhindere geradezu die Vollendung der Einheit – ein Konflikt, der über die Personen hinaus den gesellschaftlichen Diskurs der 1950er Jahre prägte.

Das politische Handeln unter den Bedingungen des Besatzungs- und Ruhrstatuts war erheblich eingeschränkt: Eine eigenständige Außenpolitik war untersagt, die Kohle- und Stahlproduktion lag außerhalb der Verfügungsgewalt der Bundesregierung (dabei handelte es sich um ca. 40 Prozent der gesamten industriellen Produktion), alle vom Bundestag beschlossenen Gesetze bedurften der Gegenzeichnung (d. h. Genehmigung) der Hohen Kommissare. Diese waren nunmehr die autorisierten Vertreter der drei Westmächte und residierten auf dem Bonner Petersberg.

Adenauers Konzeption bestand darin, mit einer geduldigen, aber hartnäckigen Politik der kleinen Schritte, durch freiwillige Übernahme von Bindungen und durch Zugeständnisse Vorbehalte abzubauen und damit den Handlungsspielraum der Bundesrepublik zu vergrößern. Diese Politik trug schon im November 1949 mit dem Petersberger Abkommen erste Früchte. Die Hohen Kommissare genehmigten einen Demontagestopp für die westdeutsche Industrie und gestatteten der Bundesrepublik eigene Auslandsvertretungen. Bezüglich des Demontagestopps – also der Beendigung des Abbaus von Industrieanlagen – herrschte ein gemeinsames Interesse vor: War den Westdeutschen der Erhalt der produktionstechnischen Substanz eine notwendige Bedingung für den Wiederaufbau der Wirtschaft, so konnten und wollten die Westalliierten, besonders Briten und Amerikaner, nicht dauerhaft finanzielle Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation bereitstellen. Sie befürchteten zudem, dass sich das Verhältnis der Bevölkerung

zu den Siegermächten durch Beibehaltung der Demontagen verschlechtern könnte.

Beispielhaft für die weiteren Schritte zur Souveränität war, dass hier zum ersten Mal gewissermaßen ein Tauschgeschäft abgeschlossen wurde: mehr Souveränität gegen stärkere europäische Integration. Denn gleichzeitig trat die Bundesrepublik der internationalen Ruhrbehörde bei, ein bis zu diesem Zeitpunkt sowohl seitens der Regierung als auch seitens der Opposition außerhalb jedes Vorstellungsvermögens liegender Schritt. Bedeutete er doch, dass durch die Entsendung westdeutscher Vertreter die alliierte Kontrolle der Kohle- und Stahlindustrie an Rhein und Ruhr unterstützt wurde. Nach heftigen Debatten im Bundestag setzte Adenauer sich durch, genauso wie wenige Monate später anlässlich des Beitritts der Bundesrepublik zum 1950 geschaffenen Europarat. In diesem Fall war das Streitobjekt die gleichzeitige Aufnahme des Saarlandes auf Druck Frankreichs, was einer faktischen Anerkennung der endgültigen Abtrennung des Saarlandes von Westdeutschland gleichkam. So sah es jedenfalls die Opposition.

Erneut war es Frankreich, das die Möglichkeit stärkerer europäischer Einbindung Deutschlands mit Souveränitätszugeständnissen eröffnete. Der französische Außenminister Schuman schlug am 8. Mai 1950 – vermutlich kein zufällig gewähltes Datum – den Zusammenschluss der französischen und deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter Einbeziehung Italiens und der Beneluxländer vor.

Die Franzosen hatten schon in den Jahren 1945–1949 ihr besonderes Sicherheitsinteresse deutlich gemacht: durch eine besonders harte Besatzungspolitik, eine hartnäckige Verzögerungspolitik gegenüber dem Zusammenschluss der drei Westzonen sowie die Forderung nach rigider Kontrolle des deutschen Wirtschaftspotentials an Ruhr und Saar. 1950 war nur noch Letzteres übrig geblieben. Insofern war der Vorschlag

auch unter Kontrollaspekten zu sehen. Allerdings sollte eine ›Hohe Behörde‹ eingerichtet werden, die für diejenigen Staaten, die dem Verbund beitreten wollten, verbindliche Regelungen traf. Ein Element von Supranationalität, d. h. Übertragung von nationalstaatlichen Rechten an eine europäische Institution.

Adenauer stimmte – ohne sein Kabinett überhaupt von der Initiative unterrichtet zu haben – sofort zu. Dies lag nicht nur daran, dass er gleichzeitig die Chance sah, dass das Ruhrstatut und andere Kontrollbefugnisse der Besatzungsmächte hinfällig würden. Über das taktische Denken hinaus galt für ihn die Aussöhnung und möglichst enge Verbindung mit Frankreich als Kern der Integration der Bundesrepublik in den Westen. Im April 1951 kam der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) zustande – wiederum gegen heftige Widerstände der Opposition – und trat ein Jahr später in Kraft. Mit der Montanunion bestand die Strategie, durch wirtschaftliche Integration und Partnerschaft die Bundesrepublik unter Kontrolle zu halten und sie auf europäische Kooperation zu verpflichten, ihre erste Bewährungsprobe.

Die heftigste innenpolitische Debatte des Gründungsjahrzehnts entzündete sich an der Frage der Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Die Forderung nach Entmilitarisierung war eine zentrale Bestimmung des Potsdamer Abkommens gewesen. Dennoch ergab sich ein Stimmungsumschwung sowohl bei den Westmächten als auch in der deutschen Politik, der entscheidend durch die Entwicklung des Ost-West-Konflikts bestimmt war. Im November 1949 zündete die Sowjetunion ihre erste Atombombe, wodurch auf dieser Ebene militärischer Aufrüstung ein Patt mit dem Westen gegeben war. Vor diesem Hintergrund begannen in militärischen Kreisen des Westens Gedankenspiele über einen deutschen Verteidi-

gungsbeitrag im Rahmen einer europäischen Lösung. Da angesichts der gegenseitigen atomaren Bedrohung nunmehr konventionelle Kriege wieder eher denkbar wurden, seien die in Deutschland stationierten Streitkräfte der Alliierten nicht in der Lage, hinreichend die erforderliche Sicherheit zu gewährleisten. So argumentierte der britische Feldmarschall Montgomery im November 1949. Die vorhandene Lücke könne nur durch deutsche Streitkräfte geschlossen werden. Der ehemalige britische Premierminister Churchill griff diese Überlegungen im englischen Parlament im Frühjahr 1950 auf. Mitte 1950 schwenkte sogar der französische Staatspräsident de Gaulle auf diesen Kurs ein.

Für den Bundeskanzler bedeuteten solche Vorstöße eine weitere Chance, durch einen nächsten Integrationschritt – in diesem Fall sicherheitspolitischer Art – zu internationaler Gleichberechtigung zu gelangen und weitere Zugeständnisse in Fragen der nationalen Souveränität zu erlangen. So hatte er selbst bereits in einem Interview mit der amerikanischen Zeitung *Cleveland Plain Dealer* im Dezember 1949 durchblicken lassen, dass er bereit sei, »die Frage eines deutschen Kontingents im Rahmen der Armee einer europäischen Föderation zu überlegen«. Die Einschränkung, dies nur im Falle eines dringenden Wunsches der Alliierten nach einem deutschen Beitrag zur Sicherung Europas erwägen zu wollen, dürfte weniger eigener innerer Überzeugung, sondern eher in Erwartung des weltweiten Aufsehens und des innenpolitischen Sturms der Entrüstung hinzugefügt worden sein. Beides erwies sich als realistische Annahme.

Solche Überlegungen erhielten entscheidenden Auftrieb bzw. eine neue Qualität durch den Ausbruch des Korea-Krieges: Am 25. Juni 1950 überschritten nordkoreanische Truppen die Grenze zu Südkorea und stießen in wenigen Wochen weit in das Land vor. Parallelen zwischen Deutschland und Korea

waren nicht zu übersehen: Zwei geteilte Staaten, an deren Grenzen sich Ost und West hochgerüstet gegenüberstanden; im Falle Nordkoreas war dies China.

Unter diesen weltpolitischen Gegebenheiten beschleunigten sich die Diskussionen um einen westdeutschen militärischen Beitrag, zumal in der DDR bis Mitte 1950 Verbände der Volkspolizei – eine Armee gab es genauso wie im Westen noch nicht – mit einer Mannschaftsstärke von 70 000 Mann kaserniert worden waren.

Als der Europarat im August auf Initiative Churchills eine Europaarmee unter Einschluss westdeutscher Streitkräfte forderte, sah Adenauer die Möglichkeit gekommen, die Wiederbewaffnung zu forcieren. Er wandte sich in zwei Memoranden (Denkschriften) an die alliierten Regierungen (Quelle 1). Im ersten Memorandum erklärte er die Bereitschaft, für den Fall der Bildung einer internationalen Westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten. Das zweite Memorandum verknüpfte dieses Angebot mit der Beendigung des Kriegszustandes und der Ablösung des Besatzungsstatuts. Das hieß – wie schon bekannt – keine Leistung ohne Gegenleistung.

Die sich über fünf Jahre hinziehende innenpolitische Debatte über die Wiederbewaffnung machte deutlich, dass wenige Jahre nach den Schrecken und Gräueln des Zweiten Weltkriegs sich zunächst kaum jemand vorstellen konnte, es solle wieder deutsche Soldaten geben. Neu an diesem Konflikt war, dass sich auch außerhalb des Parlaments Widerstand äußerte – durch Demonstrationen, Kundgebungen bis hin zu Forderungen nach einer Volksabstimmung (›Ohne-mich-Bewegung‹).

Innerhalb des Parlaments war die Sozialdemokratie der entschiedenste Gegner der Wiederbewaffnung. Ihre Bundestagsfraktion äußerte sich zu dem Interview Adenauers von 1949 dahingehend, dass sie es ablehne, »eine deutsche Wiederauf-